

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 02/2012

DAS KAPITAL SOLL ZUR AHV BEITRAGEN

Die AHV wird heute weitgehend durch Lohnabzüge finanziert. Mit der Erbschaftssteuerreform hilft auch das Kapital. Jetzt braucht die EVP-Initiative zusätzlichen Schub.



Pausenäpfel für die AHV: Trägt auch das Kapital zur AHV bei, nimmt der Druck auf Lohnprozente und Mehrwertsteuer ab.

PETER SCHÄPPI, WÄDENSWIL

Fielen anfänglich noch vier Erwerbstätige auf einen AHV-Rentner, sind es bald nur noch zwei. Diese finanzieren zusammen mit ihren Arbeitgebern 75% des AHV-Aufwands von 38 Mrd. Franken jährlich. 25% werden durch die Mehrwertsteuer und Bundesbeiträge bezahlt. Wenn neu zwei Drittel des Ertrags der Erbschaftssteuer oder jährlich zwei Mrd. Franken an die AHV gehen, wird auch das Kapital zur Finanzierung herangezogen. Das Arbeitseinkommen wird so spürbar entlastet.

Keine stichhaltigen Einwände

Die EVP-Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» verlangt eine ausgewogene

Erbschaftssteuerreform. Die Erträge der bisherigen kantonalen Erbschaftssteuern gehen wegen des Steuerwettbewerbs immer mehr zurück. Eine Bundeskompetenz soll diese gerechte Steuer wieder beleben. Zudem wird die Besteuerung der Erben mit unterschiedlichen Sätzen durch eine einheitliche Besteuerung des Nachlasses ersetzt.

Gegen die Erbschaftssteuer werden zahlreiche Argumente ins Feld geführt. Sie lassen sich alle widerlegen. Dank dem hohen Freibetrag von 2 Millionen Franken werden

kleine und mittlere Vermögen, welche zur Vermögensbildung der Unter- und Mittelschicht beitragen, bewusst ausgeklammert. Geschont werden auch Familienunternehmen. Zudem findet keine Doppelbesteuerung statt, denn Geld im Umlauf wird immer wieder steuerlich erfasst. Das Initiativkomitee setzt sich auf seiner Webseite sachlich mit den Einwänden auseinander (erbschaftssteuerreform.ch). So wird u.a. aufgezeigt, dass der Steuersatz von 20% international durchaus konkurrenzfähig ist.

Halbzeit bei der Unterschriftensammlung

Nach ihrer Lancierung genoss die Initiative erhebliche Publizität. Seither ist es ruhig um sie geworden. Und dementsprechend harzt es auch bei den Unterschriften. Ende März 2012, kurz vor Halbzeit, lagen beim EVP-Sekretariat 58 000 Unterschriften. Bis Ende Jahr braucht es noch einen grossen Einsatz, um die fehlenden 50 000 Unterschriften zusammenzubringen (total 100 000 plus Reserve). Höchste Zeit für die EVP, um aus dem Winterschlaf zu erwachen!

Anzeige



fachlich fundiert-
zeitlich flexibel

MARTIN BUCER SEMINAR

Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

Berufsbegleitend
Theologie studieren

KOMMENTAR



Wehret den Anfängen

Im Juni kommt ein neuer pränataler Test zur Diagnose des Down-Syndroms auf den Markt. Während bei den heutigen Fruchtwasserpunktionen ein hohes Abortrisiko besteht, wird der neue Bluttest risikofrei sein. Damit fällt eine weitere Hürde, wertlos von unwertem Leben abzugrenzen. Bereits heute entscheiden sich 95% der Eltern für eine Abtreibung, wenn Trisomie 21 festgestellt wird. Mit der immer exakteren pränatalen Diagnostik gehen die Türen zur Selektion weiter auf. Das menschliche Leben verkomme zunehmend zum Verbrauchsmaterial für eigene Wünsche und Träume, kritisiert die Ethikerin Ruth Baumann-Hölzle. Der gesellschaftliche Druck auf Schwangere abzutreiben, falls das Ungeborene von der Norm abweicht, wird zunehmen. Tendenzen in anderen Ländern lassen befürchten, dass künftig Versicherungsleistungen verweigert werden, wenn Eltern sich für ein behindertes Kind entscheiden. Im Bewusstsein darum, dass in Gottes Augen alles Leben lebenswert ist, müssen wir uns auf politischem Parket entschieden gegen solche diabolischen Entwicklungen stellen. Das ungeborene Leben kann sich selbst nicht wehren. Darum müssen wir es tun.

Joel Blunier, Generalsekretär

Jede Stimme zählt

Dass es auf jede Stimme ankommt, zeigte sich bei den Thurgauer Grossratswahlen vom 15. April. Im Bezirk Münchwilen erhielt die EDU in der Listenverbindung mit uns 14 Zeilen, d.h. weniger als eine Liste mehr als die EVP.

Damit verloren wir unseren sechsten Sitz im Kanton hauchdünn und haben in der kommenden Amtsperiode trotz mehr Stimmen im Kanton einen Sitz weniger als die EDU. Trotzdem ist das Resultat im Thurgau erfreulich.

Positiv verliefen am 11. März die Wahlen im Kanton St.Gallen. Im Bezirk Werdenberg steigerten wir unseren Anteil von 8,4 auf 9,2%, d.h. 7,7% für die EVP-Liste und 1,5% für die Liste der Jungen EVP. Damit haben wir wie bisher einen der 9 Sitze im Bezirk. Auch den Sitz in der Stadt St.Gallen konnten wir halten.



Ed Riehen

Für uns ist es wichtig, dass wir auf allen Stufen gut vertreten sind. Viele Mitglieder haben wir in den Parlamenten in den deutschschweizerischen Städten mit mehr als 15'000 Einwohnern; da sind wir mit 31 Frauen und 54 Männern in 31 von 40 Parlamenten mit dabei. In den 16 Städten der deutschen Schweiz zwischen 10'000 und 14'999, welche ein Stadtparlament haben, haben wir in 13 davon insgesamt 15 Frauen und 25 Männer. In den Städten mit über 10'000 Einwohnern sind wir mit 21 Exekutivmitgliedern vertreten. Mit Willi Fischer (Riehen BS) und Niklaus Gfeller (Worb BE) werden zwei dieser Exekutiven von EVP-Vertretern präsiert. Dazu kommen viele Vertretungen in kleineren Gemeinden. Herzlichen Dank für Euren Einsatz!

*Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz*

«Christliche Ethik ist eine zutiefst liberale Angelegenheit. Sie ist nicht die Einhaltung von Prinzipien aufgrund von äusserem Zwang, sondern Freiheit in Verantwortung – basierend auf Dankbarkeit. Ein Christ ist ein befreiter Mensch und wird so fähig, Verantwortung zu tragen»

Lukas Stücklin, Mitgründer und Geschäftsleitungsmitglied der Invethos AG Vermögensberatung, am 5. Mai 2012 am KMU-Forum der EVP Schweiz.

«Der Kongress gibt sich Mühe, nichts zu tun, was Sinn machen würde. Dabei wollen wir ihn natürlich nicht stören.»

US-Finanzminister Timothy Geithner mit trockenem Sarkasmus zur langfristigen Finanzplanung der USA und der Konsolidierung des Budgets. Wir behaupten nicht, ähnliches sei zuweilen auch hierzulande zu beobachten...

**«Abfedern = Unangenehme Folgen zu verdecken suchen.»
«Akteure = Personen, die man dabei haben will.»**

Aus dem «Vokabular von Modewörtern» von Hans-Ulrich Walder (2006).

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der DV am 31. März 2012 in Arbon für die Abstimmung vom 17. Juni 2012:

- Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»** **NEIN**
- Initiative «Staatsverträge vors Volk!»** **NEIN**
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care)** **JA**

AUS DEM INHALT

- Ja zu Managed Care:
Hausärzte werden zu Lotsen im Behandlungsprozess** **4**
- Aus dem Bundeshaus:
Parlament will keinen Religionsartikel** **6**
- EVP an der Urne:
Wahlen in den Kantonen BL, SG, TG, NE und VD** **7**

FÜR CHRISTLICHE WERTE UND RELIGIONSFREIHEIT

Religionssoziologe Olivier Favre erforscht die Entwicklung der religiösen Landschaft in der Schweiz. Am 17. März sprach er am Kadertag der EVP Schweiz in Bern.

Herr Favre, was untersuchen Sie als Mitarbeiter am Observatoire des religions en Suisse (ORS) der Universität Lausanne?

Aktuell arbeite ich in einem Forschungsprogramm des Nationalfonds. Wir versuchen zu verstehen, inwiefern die Zugehörigkeit zu einer Kirche oder einer Religion die persönlichen Werte beeinflusst und welche Auswirkungen dies auf die Gesellschaft hat.

Aus Umfragen wissen wir, dass ungefähr 20% der Schweizer Wohnbevölkerung ihre Religion regelmässig praktiziert und mindestens einmal im Monat an einem religiösen Treffen teilnimmt. Rund ein Fünftel der Bevölkerung bezeichnet sich als christlich und ist mit einer Kirche oder Gemeinde verbunden. Ungefähr 60% sind kirchenfern, praktizieren keine Religion, lehnen die Kirchen aber auch nicht ab. Rund 10% bezeichnen sich als Atheisten, weitere 10% schliesslich sind stark angezogen von den verschiedenen esoterischen und fernöstlichen Angeboten.

Ist die Schweiz ein christliches Land? Ein religiöses Land?

Man kann nicht sagen, dass die Schweiz ein religiöses Land sei. Gleichzeitig ist die Religion aber auch nicht verschwunden. Zum Beispiel betet eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer regelmässig. Zusammenfassend: Die Religion ist unverändert präsent, aber nicht das vordringlichste Anliegen der Menschen.

Für ca. 40% der Bevölkerung ist die Schweiz unverändert auf christlichen Werten gegründet. Nur ca. 30% sehen das überhaupt nicht so. Dabei bedeuten christliche Werte für viele vor allem Respekt, Toleranz, etc. Auch die Vorbehalte gegenüber dem Islam fussen vor allem auf diesen Begriffen.



Olivier Favre plädiert dafür, aktiv für die Religionsfreiheit zu kämpfen. Christen müssten ihre Werte in die Debatte einbringen.

Säkularisiert sich die Schweiz? Was bedeutet das für die EVP?

Es ist klar, dass die Schweiz ein weitgehend säkularisiertes Land ist in dem Sinne, dass die Kirchen das Verhalten der Bevölkerung nicht mehr gross beeinflussen. Es wird ihnen aber unvermindert eine soziale Aufgabe zugesprochen.

Für eine Partei wie die EVP muss es in erster Linie darum gehen, für christliche Werte einzustehen, weil in einer pluralistischen Gesellschaft ein Wettstreit der Ideen herrscht. Wenn wir das nicht tun, überlassen wir das Feld z.B. dem Konsum- und Profitdenken, welches meines Erachtens sehr aktiv ist. Die christliche Stimme muss sich also Gehör verschaffen, um diese materialistischen Ideologien zu kontern.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen religiöser Ausrichtung und politischem Engagement? Welchen Parteien geben Christen den Vorzug?

Bei evangelischen Freikirchen stimmt ungefähr die Hälfte für EVP oder EDU, die andere Hälfte für die nicht-konfessionellen Parteien. Es ist logisch, dass die EVP ihre Wählerschaft vor allem aus den 20% der Bevölkerung rekrutiert, welche den Kirchen nahestehen.

Mit der Religion wandelt sich auch die Moral. Welche Beobachtungen machen Sie?

Die klassische jüdisch-christliche Moral wird mehr und mehr ersetzt durch eine individuelle, freiheitlich orientierte Moral. Sie ist teilweise paradox. So wird die körperliche

Unversehrtheit immer wichtiger, was sich z.B. daran zeigt, dass wir bald überall die Helmpflicht kennen. Auf der Beziehungsebene gilt hingegen anything goes.

Wie steht es um die Religionsfreiheit in der Schweiz? Ist sie gewährleistet?

Die Religionsfreiheit wird teilweise infrage gestellt. So wurde in den Genfer Verkehrsbetrieben ein Aushang der Agentur C verboten. Ein weiteres Beispiel aus Genf: Zwei Studentinnen haben sich unter Berufung auf die Religionsfreiheit geweigert, an obligatorischen Yoga-Kursen einer sozialen Hochschule teilzunehmen. Die Professoren waren einverstanden, doch die Schulleitung beharrte auf einer Teilnahme. Der Fall ist vor Gericht hängig.

Diese Beispiele zeigen, dass die Religionsfreiheit verteidigt werden muss und es unklug wäre, sich passiv auf dem Erreichten auszuruhen. Unter dem Vorwand der individuellen Freiheit möchten gewisse Kreise zum Beispiel die Missionstätigkeit einschränken. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, daran zu erinnern, dass die Religionsfreiheit die Freiheit, seinen Glauben mitzuteilen, miteinschliesst. Sie bedeutet nicht bloss die Möglichkeit, z.B. an einem Gottesdienst teilzunehmen.

Wie können wir als Christen die Religionsfreiheit verteidigen?

Wir sind in der Minderheit, aber in einer pluralistischen Gesellschaft kann jede Minderheit ihre Werte einbringen. Es ist deshalb demokratisch möglich und auch nötig, dass Christen für ihre Werte einstehen.

Am Beispiel der Schule zeigt sich deutlich, dass zwischen den sehr verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen eine gewisse Rivalität herrscht. Es ist entscheidend, dass sich die christliche Stimme erhebt, gerade wenn fundamentale Werte auf dem Spiel stehen.

Olivier Favre, 45

Zivilstand: verheiratet, 3 Kinder

Beruf: Soziologe am Observatoire des religions en Suisse (ORS) der Universität Lausanne, Hauptpastor des Centre de vie in Neuchâtel

Hobbys: Joggen und Skifahren.



SCHLÜSSELROLLE FÜR DIE HAUSÄRZTE

Blamiere Dich täglich!

«Blamiere dich täglich». Diesen Rat hat uns ein Trainer in einem Führungsseminar für das Kader unserer Firma vor ungefähr 20 Jahren gegeben. Ich kann mich noch an die Reaktionen der Teilnehmer erinnern: Überraschung, Vorbehalte bis hin zu «schlechter Witz», «Blödsinn» usw. Aber was wollte der Trainer damit sagen?

Auch Vorgesetzte wissen nicht alles und machen Fehler. Statt Kraft und Zeit in die Suche nach Ausreden oder Erklärungen zu investieren, ist es besser, die Wissenslücke oder den Fehler auch gegenüber Mitarbeitern sofort einzugestehen und sich zu «blamieren». Das spart Zeit, erhält flexibel und hilft zur Bescheidenheit. Ein guter Ansatz!

Im Zusammenhang mit dem 1. Forum christlicher Führungskräfte bin ich mehrmals von Journalisten interviewt worden. Und wieder an die Aufforderung «Blamiere dich täglich» erinnert worden. Denn wer weiss schon, was aus einem Interview gemacht wird; das Risiko einer öffentlichen Blamage besteht. Und unterdessen bin ich 20 Jahre älter – vorsichtiger und weniger flexibel – und der Wunsch nach Perfektionismus schürt Ängste.

Petrus schreibt in seinem 1. Brief: «Seid aber allezeit bereit zur Verantwortung gegenüber jedermann, der Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist, mit Sanftmut und Ehrerbietung und bewahrt ein gutes Gewissen...». Dieser Aufforderung will ich in einem breiten Themenspektrum gerecht werden und das Risiko tragen. Sie auch?

Paul Beyeler, Geschäftsführer Forum christlicher Führungskräfte

Managed Care bringt mehr Behandlungsqualität und tiefere Kosten. Wer sich keinem Ärztenetzwerk anschliessen will, bezahlt im schlechtesten Fall 300 Franken mehr als heute. Das führt nicht zu einer Zweiklassenmedizin.

MAJA INGOLD, NATIONALRÄTIN

Mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes wird Managed Care zum Normalfall. In diesem Modell wendet sich jeder Patient jeweils zuerst an seinen Hausarzt und wird von diesem zur weiteren Behandlung an Spezialisten innerhalb oder ausserhalb seines Ärztenetzwerks verwiesen. Durch die koordinierte Betreuung und aufeinander abgestimmte Behandlungsschritte steigt die Qualität und Sicherheit für die Patienten. Gefährliche Behandlungsfehler, Missverständnisse oder teure Doppelspurigkeiten lassen sich besser vermeiden, was sich letztlich auch auf die Kosten positiv auswirkt. Der Hausarzt wird zum Lotsen durch den Behandlungsprozess. Seine Stellung im Gesundheitswesen wird gestärkt.

Bereits heute müssen nach Erreichen der Franchise 10% aller Behandlungskosten selbst berappt werden (bis zum Maximalbetrag von 700 Franken). Um die Versi-

cherten zum – freiwilligen! – Wechsel in ein Managed-Care-Modell zu bewegen, beträgt dieser maximale Selbstbehalt im Ärztenetzwerk nur noch 500 Franken pro Jahr. Wer nicht in ein Ärztenetzwerk wechseln will, muss neu 15% bezahlen bis zum Maximalbetrag von 1000 Franken. Im schlechtesten Fall bezahlt er so 300 Franken mehr als heute und 500 Franken mehr als in einem Ärztenetzwerk. Das führt nicht zu einer Zweiklassenmedizin.

Budgetverantwortung als Pferdefuss

So gibt es nur einen ernsthaften Einwand gegen das Modell: die Budgetverantwortung. Ein Ärztenetzwerk muss einen Teil der finanziellen Verantwortung übernehmen. Zu recht fragen sich gewissenhafte Ärzte, wie sie das verantworten können. Massstab für eine Behandlung könnten nur die besten Heilungschancen des Patienten sein und keinesfalls ein Wirtschaftlichkeitskriterium. Doch auch das ist nicht neu: schon heute bezahlen die Kassen nur

Behandlungen, die wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind.

Schliesslich wird mit der Vorlage auch der Risikoausgleich verbessert. Statt gute Risiken zu jagen, haben die Kassen damit endlich einen Anreiz, neue Versicherungsmodelle für chronisch Kranke anzubieten. Ein Grund mehr, weshalb die EVP-Delegierten «Managed Care» am 31. März mit 64 zu 26 Stimmen zur Annahme empfohlen haben.



EVP IN AKTION

Initiative für kleinere Klassen

Die EVP Kanton Zürich hat eine Initiative für kleinere Schulklassen lanciert. Sie sollen maximal 20 Schülerinnen und Schüler umfassen. Weitere Infos unter www.klassengroesse.ch.

Einsatz für Israel

Die EVP mahnt die Organisatoren einer Anti-Israel-Demo zur Mässigung und Zurückhaltung. Sie hegt Zweifel daran,

dass ihnen an einer friedlichen Beilegung des Nahostkonflikts gelegen ist und fordert sie dazu auf, Rassismus und Antisemitismus nicht zu dulden. Die EVP will jene Kräfte stärken, die auf Versöhnung hinarbeiten.

Heiner Studer im Club

EVP-Präsident Heiner Studer konnte in der Sendung «Club» darlegen, weshalb er die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare ablehnt: «Wer sich für die eingetragene Partnerschaft entscheidet,

nimmt in Kauf, dass er keine Kinder adoptieren kann.» Das im Partnerschaftsgesetz festgelegte Adoptionsverbot sei richtig.

EVP geisselt UBS

Die UBS will Parteien, die ihr passen, mit einer Million unterstützen. So unverfroren hat noch kein Unternehmen versucht, sich die erwünschte Politik zu kaufen. Für die EVP grenzt dies an Korruption. Es ist höchste Zeit für Transparenz mit einem Parteifinanzierungsgesetz.

NEIN ZUR AUSLEIERUNG DER VOLKSRECHTE

Mit der Initiative «Staatsverträge vors Volk!» drohen reihenweise unnötige Abstimmungen. Umstrittene Verträge kommen schon heute vors Volk.

MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN

Die Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» verlangt, dass künftig völkerrechtliche Verträge «in wichtigen Bereichen» zwingend dem Volk unterbreitet werden. Zugegeben: Die Behauptung der Initianten, in Bundesbern würden immer mehr Staatsverträge abgeschlossen, die uns verpflichteten, fremdes Recht zu übernehmen sowie Folgerecht, das wir beim Vertragsabschluss noch gar nicht kennen, ist nicht aus der Luft gegriffen. Auch ist es absolut legitim, die Volksrechte stärken und die Mitsprache des Volkes erweitern zu wollen. Doch die Initiative schießt weit über das Ziel hinaus und ist in hohem Mass interpretationsbedürftig. So ist unklar, was unter Verträgen

«in wichtigen Bereichen» zu verstehen ist. Nur eine langjährige Auslegungspraxis könnte Klarheit schaffen. Bis dann drohen bis zu 8 weitere Abstimmungsvorlagen pro Jahr.

Abstimmung zu jedem Bundesgesetz und jeder Verordnung?

Ein Plus an Demokratie würde damit nicht erreicht, im Gegenteil. Es wäre zu befürchten, dass die Politikverdrossenheit weiter zunähme, wenn die Stimmberechtigten zu oft über politisch unbestrittene Verträge abstimmen müssten. Wenn es um das Landesrecht geht, dann ist allen klar, dass die Bevölkerung nicht über jedes Gesetz oder jede Verordnung abstimmen muss. Man ist sich einig, dass nur die zentralen Weichenstellungen, die in die Bundesverfassung gehören, obligatorisch Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden müssen. Den Rest soll das Parlament in Bundes-

gesetzen regeln, welche nota bene immer dem fakultativen Referendum unterstehen.

Die AUNS wirft dem Bundesrat vor, Staatsverträge am Volk «vorbeizuschmuggeln.» Als Beispiel wird die Kohäsionsmilliarde angeführt, die Zahlung der Schweiz für die Ost-EU-Staaten. Doch darüber hätte das Volk auch nach einem Ja zur Initiative nicht abstimmen können, da es sich nicht um einen Staatsvertrag handelte. Im Grunde genommen will die AUNS mit dieser Initiative nichts anderes als die Angstmachelei vor einem allfälligen EU-Beitritt schüren und bewirtschaften.

Fazit: Umstrittene Verträge kommen bereits heute vors Volk, bei den unumstrittenen ist eine Abstimmung nicht nötig. Deshalb haben die EVP-Delegierten am 31. März in Arbon die Staatsvertragsinitiative überaus deutlich mit 99 zu 1 Stimmen abgelehnt.

BAUSPAREN II

UNVERÄNDERT INEFFIZIENT UND UNGERECHT

Nach dem Nein zum Bausparen I lehnt die EVP auch Bausparen II ab. Die Idee ist nicht besser geworden.

MAJA INGOLD, NATIONALRÄTIN

Drei Monate nach dem Nein zur Bausparinitiative stimmen wir über die sehr ähnliche Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» des Hauseigentümerverbandes ab. Wiederum soll der erstmalige Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum mit einem Steuerabzug für Bauspareinlagen (10 000 Franken jährlich) gefördert werden. Er wäre von

allen Kantonen zwingend einzuführen. Damit geht das Bausparen II weiter als das bereits abgelehnte Bausparen I.

Die Argumente gegen die HEV-Initiative sind «copy-paste» vom letzten Mal: Das Bausparen ist noch immer ineffizient und ungerecht. Es profitieren nicht die Schwellenhaushalte: Sie verdienen zu wenig, um für ein Haus sparen zu können. All jene hingegen, die genügend Geld haben, um zu bauen und ohnehin

bauen werden, werden das Instrument benutzen und entsprechend Steuern sparen. Auch das Bausparen II ist ein verstecktes Steuergeschenk an Gutverdienende. Aufgrund ihres zwingenden Charakters würde die HEV-Initiative Steuerausfälle von rund 70 Millionen beim Bund und 275 Millionen bei den Kantonen und Gemeinden verursachen. Irgendjemand muss dies bezahlen.

Fazit: Das Bausparen ist nicht zielführend, verursacht Steuerausfälle und schafft neue Ungerechtigkeiten. Es verhilft nur wenigen Menschen zu Wohneigentum, die es sich andernfalls nicht leisten könnten. Deshalb haben die EVP-Delegierten am 31. März in Arbon das Bausparen II ebenfalls deutlich mit 88 zu 5 Stimmen abgelehnt.

EVP-INITIATIVE

Jetzt unterschreiben!

In weniger als einem Jahr läuft die Sammelfrist unserer Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» ab. Jetzt heisst es dranbleiben, zumal die EVP erst rund ein Viertel ihrer zugesagten Quote beieinander hat. Unterschreiben Sie deshalb noch heute und lassen Sie alle unterschriftsberechtigten Personen in Ihrem Haushalt mitunterschreiben! Senden Sie uns auch unvollständig ausgefüllte Bögen umgehend zu. Unterschriftenbögen und Infos unter www.evpev.ch/erbschaftssteuerreform.



Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»

SAMMEL-O-METER

Sammelstand per 7. Mai

Sammelziel	110 000	100%
Unterschriften	60 023	55%
Anteil der EVP	11 823	
29.6% der zugesagten EVP-Quote		

35 Mitglieder im Sammelclub

Bronze (20 Unterschriften)	34
Silber (50 Unterschriften)	7
Gold (100 Unterschriften)	7
Platin (200 Unterschriften)	7
Total zugesagte Unterschriften	3130

Top 5 im Sammelclub

Christian Meyer	571
Joel Blunier	264
Niklaus Hari	182
Reto Gubelmann	170
Sara Fritz	141
www.evpev.ch/sammelclub	

Top 5 im Sektionswettbewerb

EVP Biel	613
EVP Stadt Bern	456
EVP Stadt St.Gallen	402
EVP Zürich 6/10	360
EVP Buchs AG	267
www.evpev.ch/sektionswettbewerb	

Sammelfrist: noch 9 Monate

Hilfe für verfolgte Christen

Mit einer Interpellation macht EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE) auf die weltweite Christenverfolgung aufmerksam. Sie will dem Grundrecht auf Religionsfreiheit Nachachtung verschaffen und zwingt den Bundesrat mit einer ganzen Reihe von Fragen zur Stellungnahme.

Falsche Entsorgung

EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) weist per Interpellation auf die widersprüchliche Situation hin, wonach die Fischer ihre Abfälle in den Seen entsorgen dürfen, so die Kormorane füttern (im Neuenburgersee z.B. mit 100 Tonnen Fisch pro Jahr!) – und anschliessend Eingriffe gegen die Vögel verlangen.

Menschenrechte und Exportgeschäfte

Die Schweizerische Exportrisikoversicherung (Serv) verspricht, dass sie künftig die Einhaltung der Menschenrechte in den Abnehmerstaaten der versicherten Exportgeschäfte überprüfen will. Maja Ingold will vom Bundesrat wissen, wie die Serv diesen Auftrag wahrnimmt.

SONDERSESSION

Schutz dem arbeitsfreien Sonntag!

Anfangs Mai hat sich der Nationalrat zur zweitägigen Sondersession getroffen. Leider will er die Öffnungszeiten von Tankstellenshops in der Nacht und am Sonntag weiter ausdehnen. Stimmt der Ständerat dieser Version zu, wird die EVP das sich abzeichnende Referendum unterstützen. Der Sonntag ist ein Ruhe- und Feiertag. Sonntagsarbeit muss deshalb die Ausnahme bleiben.

KEIN RELIGIONSARTIKEL

Der Nationalrat will keinen neuen Religionsartikel, aber christliche Symbole im öffentlichen Raum explizit zulassen. Die Frühjahrsession im Überblick.

(mi/ms). Der Verfassungsartikel zu Kirche und Staat soll nicht durch einen neuen **Religionsartikel** ersetzt werden. Der Nationalrat lehnt eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt ab. Auch eine parlamentarische Initiative von alt Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) findet keine Gnade. Sie wollte «bewährte christliche und freiheitliche Werte» schützen.

Hingegen sollen **christliche Symbole** in der Schweiz eine Sonderstellung erhalten und im öffentlichen Raum explizit zugelassen sein. Mit der Unterstützung der EVP heisst der Nationalrat eine entsprechende parlamentarische Initiative mit 87 zu 75 Stimmen gut.

Bussen statt Strafanzeige für Kiffer ab 18 Jahren: Wenn ein Kiffer mit weniger als 10 Gramm Cannabis erwischt wird, wird er nach dem Willen des Nationalrats mit 200 Franken gebüsst, aber nicht mehr angezeigt. Für die EVP ist wichtig, dass der Konsum verboten bleibt und das Verbot durchgesetzt wird. Es muss wieder deutlich werden, dass bekifft sein nicht ok, sondern auf lange Frist für die Betroffenen und ihr Umfeld schädlich ist.

Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) kämpft für einen besseren **Opferschutz bei Zwangsheiraten**. Stellen die Behörden Hinweise auf die Ausübung von Zwang fest, sollen sie nicht nur Strafanzeige einreichen

müssen, sondern auch Massnahmen zum Schutz und der Beratung der Opfer ergreifen. Der Minderheitsantrag wird mit 94 zu 82 Stimmen relativ knapp abgelehnt.



Die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff.

Im **Aussenwirtschaftsbericht** vermissen die EVP-Nationalrätinnen Angaben zu den menschenrechtlichen Konsequenzen der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Verhalten sich die Schweizer Multis auch in Drittstaaten menschenrechtskonform? Schützen sie die natürlichen Ressourcen? Respektieren sie die Arbeitsrechte?

Durchbruch bei der **Raumplanung**: Die Kantone werden verpflichtet, die Planungsmehrwerte

mit 20% abzuschöpfen. Das heisst: Wenn ein Stück Land eingezont wird und deshalb massiv an Wert gewinnt, muss der Besitzer beim Überbauen oder Verkaufen etwas abgeben. Mit den Erträgen sollen Planungsverlierer (bei Auszonungen von überdimensioniertem Bauland) entschädigt werden.

Flexibilisierung der Waldflächenpolitik: in Gebieten mit einer Zunahme des Waldes – namentlich im Berggebiet – soll die Pflicht zum Rodungersatz minimal gelockert werden. Die EVP ist einverstanden mit der massvollen Revision.

Ein **Familienartikel** in der Verfassung: Wirtschaft und Politik sind sich in weiten Teilen einig, dass ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten und Tagesstrukturen zur Grundinfrastruktur einer modernen Gesellschaft gehören. Weiter hat der Bundesrat die Gelegenheit genutzt, die Alimentenbevorschussung zu vereinheitlichen.

Die letzte Differenz im Gegenvorschlag zur **Abzockerinitiative** ist bereinigt. Das vorgeschlagene Gesetz erfüllt die meisten Forderungen der Initiative, lässt den Aktionären aber mehr Spielraum.

Ebenfalls abstimmungsbereit ist der direkte Gegenentwurf zur **Volksinitiative «jugend + musik»**.

Schliesslich will der Nationalrat die **Teenie-Prostitution** endlich verbieten. Wer entsprechende Dienste von Minderjährigen in Anspruch nimmt, soll bestraft werden.

TERMINE

- 17. Juni 2012 Eidgenössische Volksabstimmung
- 23. Juni 2012 EVP Schweiz, Ort offen
Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 30. Juni 2012 4. Sammeltag Erbschaftssteuerreform
- 25. August 2012 EVP Schweiz, Ort offen
Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 15. September 2012 EVP Schweiz, Aarau
7. Bettagskonferenz
- 23. September 2012 Eidgenössische Volksabstimmung

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 19. Jahrgang, Nummer 2, Mai 2012

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber:
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evppev.ch, www.evppev.ch. Redaktion: Niklaus Hari; Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Paul Beyeler, Joel Blunier, Niklaus Hari, Olivier Favre, Markus Hänni, Maja Ingold, Peter Schappi, Marianne Streiff, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

EVP international in Vorbereitung

Die EVP plant die Gründung einer EVP International. Sie ist als Sammelbecken gedacht für eingebürgerte Ausländer/-innen, Secondos, mit Ausländern verheiratete Schweizer, Personen mit starker internationaler Prägung (u.a. Missionare, Entwicklungshelfer) oder im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer. Ein erstes Treffen ist geplant am 19. Oktober.

Gründerworkshop

Ebenfalls in Planung ist ein Workshop für Gründer am 2./3. November (Freitagabend bis Samstagmittag). Er richtet sich an Personen mit einem konkreten Gründungsprojekt und leistet praktische Hilfestellung bei der Erarbeitung eines Gründungsplans. Teilnahme und Übernachtung sind kostenlos.

Zukunftswerkstatt

Die EVP-Zukunftswerkstatt vom 21. Januar in Olten ergab rund 50 Ideen und Vorschläge, die vom Zentralvorstand gewichtet und priorisiert worden sind. Das Generalsekretariat erarbeitet nun die Umsetzung. Am meisten Stimmen erhielt der Vorschlag, «Think-Tanks» auf allen Ebenen zu gründen, um vermehrt mit eigenen Ideen agieren zu können, statt nur auf Vorschläge anderer reagieren zu müssen.

EVP verliert an BDP und GLP

Laut der Vimentis-Umfrage hat die EVP bei den Wahlen 2011 im Vergleich zu den Wahlen 2007 wie folgt Wähler/-innen verloren: 0.22% Wähleranteil an die BDP, 0.1% an die GLP, 0.04% an die Grünen, 0.03% an die SVP. Gewonnen hat die EVP 0.05% Wähleranteil von der CVP, 0.03% von der FDP und 0.01% von der SP. Die Paarung EVP – EDU wurde nicht ausgewertet.

EVP MIT PROPORZPECH

Die EVP hat kürzlich in den Kantonen Thurgau, St.Gallen, Waadt und Basel-Landschaft an den Wahlen teilgenommen und ihre Sitze dabei weitgehend gehalten.

(nh). Bei den Thurgauer Grossratswahlen vom 15. April kommt die EVP auf 5 Mandate. Gewählt sind **Regula Streckeisen, Matthias Müller, Wolfgang Ackerknecht, Urs-Peter Beerli und Rudolf Bär** (alle bisher). Der Wähleranteil der EVP sinkt leicht von 5.2% auf 4.8%, trotz absoluter Zunahme der Wählerstimmen.

Im Bezirk Münchwilen kann der Sitz von Fritz Rupp leider nicht gehalten werden. Wegen 14 fehlenden Zeilen, weniger als eine Liste, geht er äusserst knapp an den Listenverbindungspartner EDU. Insgesamt hat diese 3 ihrer 6 Sitze dank der Listenverbindung mit der EVP erzielt. Insgesamt wurde die christliche Kraft im Grossen Rat gestärkt. EVP und EDU bilden gemeinsam die Fraktion EDU/EVP.

Wahlen in der Romandie

Im Kanton Waadt hat die EVP bei den Grossratswahlen in einzelnen Bezirken bis 2% erreicht, was trotz «Alliance du Centre» nicht für einen Sitz reichte. In Neuenburg kam die EVP bei den Kommunalwahlen auf 1.4%.

Effort im Kanton St.Gallen

Am 11. März verteidigt die EVP St.Gallen ihre beiden bisherigen Sitze im Kantonsrat: **Jascha Müller** und **Hans Oppliger** werden wiedergewählt. Bemerkenswert ist der hohe Wähleranteil im Wahlkreis Werdenberg (9.2%), wo Hans Oppliger (Bild) erneut klarer Panaschierkönig wird. Ebenfalls bemerkenswert: Im Kreis St.Gallen kann die EVP mit Spitzenkandidat Jascha

Müller ihren Stimmenanteil trotz neuer Konkurrenz leicht steigern.



Baselbieter Kommunalwahlen

Am 11. März finden in verschiedenen Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft Erneuerungswahlen mit EVP-Beteiligung statt. In Biel-Benken wird **Daniel Kaderli** (Bild) als Gemeinderat bestätigt, ebenso **Thomi Jourdan** in MuttENZ. Als Mitglieder der Gemeindekommission werden gewählt: **Elsbeth Mathis-Düring** in Bottmingen, **Ruth von Känel-Oppliger** und **Thomas Buser** in MuttENZ sowie **Stéphane Decrauzat** und **Sara Fritz** in Birsfelden. In den Einwohnerrat werden gewählt: **Christoph Benz-Scheurer** und **Barbara Selinger-Rutishauser** in Allschwil, **Peter Buess-Sigrist** in Binningen, sowie **Elisabeth Augstburger** und **Doris Lagnaz** in Liestal.



Anzeige

Top-Reisehits 2012 **KULTOUR**

Schönes Baltikum & Sankt Petersburg
17. bis 29. Juli, mit Daniel Mauerhofer, Historiker

Flusskreuzfahrt auf Elbe, Moldau & Havel
15. bis 22. Sept., mit Charles & Sonja Reichenbach

und viele weitere Reisen unter: WWW.KULTOUR.CH
KULTOUR Ferienreisen / 052 235 10 00 / info@kultour.ch



Neu im Grossrat

Per Ende der Januarsession ist der bekannte Solarpionier Josef Jenni aus dem Berner Grossrat zurückgetreten. Auf ihn folgt Architekt **Martin Aeschlimann** aus Burgdorf.

Neu in der Exekutive

Ittigen (BE): Auf Lukas Baumgartner folgt Jean-Daniel Pirolet im Gemeinderat. Er übernimmt das Ressort Bildung, Kultur, Freizeit und Sport.

Neu in der Legislative

Zürich: Pfarrer Gerhard Bosshard ist neuer Gemeinderat der EVP Stadt Zürich. Er folgt auf Hanspeter Kunz.

Neu im Präsidium

EVP Affoltern am Albis: Daniel Sommer löst Armin Siegrist ab.
EVP Wädenswil: Auf Gernot Schreiber folgt Harald Lenz.

EVP BE mit neuem Personal

Grossrätin **Christine Schnegg** aus Lyss übernimmt das Fraktionspräsidium der EVP. Sie löst Niklaus Gfeller ab.

Philippe Messerli wird neuer Parteisekretär der EVP Kanton Bern und Nachfolger von Gallus Tannheimer. Er ist Stadtrat von Nidau und war von 2006 bis 2010 Berner Grossrat.

Lörtscher erhält Preis

EVP-Mitglied Adrian Lörtscher ist für seine 50-jährige ehrenamtliche Tätigkeit mit dem «Thunpreis» geehrt worden. Er war u.a. in der Wahlkommission, im Stadtrat, als Parteipräsident und im Seniorenrat tätig.



HEINER STUDER BLEIBT EVP-PRÄSIDENT

(nh). Am 31. März wurde Heiner Studer von den Delegierten als Präsident der EVP Schweiz bestätigt. Gleichentags wurde auch der Zentralvorstand neu bestellt. Unser Bild zeigt seine aktuellen Mitglieder: Ruedi Aeschbacher, François Bachmann, Roland Bialek, Joel Blunier, Reto F. Denoth, Therese Dietiker, Stefan Eggimann, Joel Erni, Peter Gröflin, Hanspeter Günthart, Doris Günther, Barbara Huizinga, Maja Ingold, Valérie

Kasteler, Ruth Kleiber, Claudia Kuhnert, Ruedi Löffel, Philippe Messerli, Lisette Müller-Jaag, Frédéric Nicolet, Gabi Nievergelt, Tanja Oswald, Ursula Pauciuлло, Gerardo Raffa, Daniel Rebetez, Didier Rochat, Susanne Rüfenacht, Roman Rutz, Walter Schoch, Kurt Schreiber, Markus Schwob, Ernst Spiess, Marianne Streiff, Barbara Streit-Stettler, Heiner Studer, Urs von Bidder, Markus Wenger, Daniela Wirth, Christoph Wydler

und Mirja Zimmermann-Oswald. Schliesslich wurde auch die Geschäftsleitung neu zusammengesetzt. Ihr gehören nebst Heiner Studer an: Nationalrätin Marianne Streiff und François Bachmann im Vizepräsidium, Nationalrätin Maja Ingold und Joel Blunier (von Amtes wegen), Ruedi Aeschbacher, Finanzchef Roman Rutz, Mirja Zimmermann (alle bisher) sowie Lisette Müller-Jaag und Walter Schoch (beide neu).

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

2. ausserordentliche DV der EVP Schweiz am Samstag, 23. Juni 2012
9.45 bis 12.30 Uhr im Kongresszentrum «Mittenza» in Muttenz.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
5. Abstimmungsvorlagen
6. Schlusswort des Parteipräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Heiner Studer

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 23. Juni an.
(Webanmeldung möglich unter www.evppev.ch > Termine)
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 18. Juni 2012 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

BUCHTIPP



«Eigentlich müsste ich längst tot sein»

So der Titel des Buches von EVP-Mitglied Markus Hänni, der die seltene Erbkrankheit Mukoviszidose hat und jederzeit erstickend könnte. Hänni schildert, welche Auswirkungen die Krankheit auf sein Leben hat, welche Hürden es zu nehmen gilt. Aber auch, wie man dennoch den Blick nach vorne richten kann. Sein Buch macht Mut, wie der Untertitel zeigt: «Leben lernen, von einem, der jeden Tag als Geschenk begreift.»
Erhältlich in Ihrer Buchhandlung (ISBN 978-3-942208-55-0).